

des Politbüros und seines Ständigen Ausschusses zuständig ist. Das Amt des ZK-Generalsekretärs liegt seit 1979 in den Händen des heute 69jährigen Hu Yaobang, der ein Vertrauter Deng Xiaopings ist und zum Reformflügel zählt. Der zweithöchste Politiker im ZK-Sekretariat ist der 55jährige Hu Qili, der mittlerweile die Führung der tagespolitischen Routinearbeit übernommen hat. Hu Qili besitzt gegenwärtig die weitaus größten Chancen, bei einem Rücktritt von Hu Yaobang die Parteiführung zu übernehmen.

Das vom Nationalen Parteitag für fünf Jahre gewählte Zentralkomitee tritt mindestens einmal jährlich zu einer Plenartagung zusammen. Das ZK-Plenum wählt das Politbüro und seinen Ständigen Ausschuß, das ZK-Sekretariat und den Generalsekretär des ZK. Das Zentralkomitee (oder sein Politbüro oder dessen ständiger Ausschuß, die zwischen den ZK-Plenartagungen die Funktionen des ZK ausüben) ernennt auch die Mitglieder der ZK-Militärkommission, die das höchste Führungsorgan der Partei über die Armee darstellt. Auch die Zentrale Disziplinkontrollkommission und die Zentrale Beraterkommission stehen unter Führung des Zentralkomitees - ihre Mitglieder werden allerdings nicht vom ZK ernannt, sondern vom Nationalen Parteitag der KP Chinas gewählt. Während die Beraterkommission nur ein zeitweiliges Organ zur gesichtswahrenden Pensionierung von altersschwachen Führungskadern sein soll, stellt die Disziplinkontrollkommission eine dauerhafte Institution dar, die über die Einhaltung des Parteistatuts wacht.

Höchstes Organ der Staatsmacht und Gesetzgebungsorgan ist das indirekt gewählte Parlament, der Nationale Volkskongreß (NVK) bzw. sein Ständiger Ausschuß. Um die Effektivität des Gesetzgebungsapparates zu verbessern, wurden die Befugnisse des Ständigen NVK-Ausschusses erheblich erweitert. Darüber hinaus erhielt der Ständige Ausschuß, der zunehmend den Charakter des eigentlichen Parlaments annimmt, mit der Vorsitzendenkonferenz ein ständiges Arbeitsorgan, das sich aus den Vorsitzenden und seinen Stellvertretern sowie dem Generalsekretär des Ständigen NVK-Ausschusses zusammensetzt. Außer den Mitgliedern des Ständigen NVK-Ausschusses wählt der NVK folgende führende Mitglieder des Staatsapparats:

- den Vorsitzenden der Volksrepublik China (Staatspräsident) und seinen Stellvertreter,
- den Ministerpräsidenten und die weiteren Mitglieder des Staatsrats (Zentralregierung),

- den Vorsitzenden und die weiteren Mitglieder der Zentralen Militärkommission
- den Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofes und
- den Generalstaatsanwalt der Obersten Volksstaatsanwaltschaft.

Der Vorsitzende der Volksrepublik China - ein Amt, das während der Kulturrevolution abgeschafft worden war und mit der Verabschiedung der neuen Verfassung im Dezember 1982 wieder eingeführt wurde - hat im wesentlichen nur repräsentative Aufgaben zu erfüllen. Gegenwärtig nimmt Li Xiannian, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und führender Vertreter der Zentralen Planungsbürokratie, diesen Posten ein.

Viel wichtiger ist hingegen der Staatsrat, "die zentrale Volksregierung". Der Staatsrat setzt sich aus folgenden Kabinettsmitgliedern zusammen:

1. Ministerpräsident (Zhao Ziyang),
2. stellvertretende Ministerpräsidenten (4),
3. Staatsratskommissare (10),
4. Generalsekretär des Staatsrats,
5. Vorsitzende der Kommissionen (8),
6. Minister (36) und
7. Präsident des Rechnungshofes.

Die unter 1. bis 4. genannten Politiker sind Mitglieder der Ständigen Konferenz des Staatsrats, dem permanenten Arbeitsgremium der Regierung, das die wichtigen tagespolitischen Entscheidungen fällt.

Die Zentrale Militärkommission gilt als das staatliche Führungsorgan der chinesischen Streitkräfte. De facto untersteht die Chinesische Volksbefreiungsarmee jedoch weiterhin der Kommunistischen Partei Chinas bzw. der ZK-Militärkommission. Dies wird allein daraus ersichtlich, daß alle Mitglieder der staatlichen Zentralen Militärkommission gleichzeitig Mitglieder der ZK-Militärkommission sind. Vorsitzender der beiden Militärkommissionen ist Chinas derzeit mächtigster Politiker Deng Xiaoping.

Das öffentliche Verwaltungssystem der Volksrepublik China umfaßt sechs staatliche Verwaltungsebenen sowie zwei Ebenen der lokalen Selbstverwaltung:

1. Zentrale
2. Provinzen, Autonome Gebiete und provinzfremde Städte
3. bezirksfreie Städte, Regierungsbezirke, Bünde, Autonome Bezirke, Verwaltungsbezirke
4. Kreise, Autonome Kreise, Banner, Stadtbezirke, kreisfreie

- Städte
- 5. Kreisbezirke
- 6. Kleinstädte, Gemeinden, Nationalitätengemeinden, Volkskommunen, Straßenviertel
- 7. Dörfer, Wohnviertel
- 8. Dorfbewohnergruppen, Einwohnergruppen.

Mit Ausnahme der Regierungsbezirke, Bünde, Kreisbezirke und Straßenviertel sowie der Einheiten der beiden Selbstverwaltungsebenen haben alle Verwaltungseinheiten eigene Volksvertretungen, die sogenannten Volkskongresse, und von den Volkskongressen gewählte Volksregierungen. Die Abgeordneten der Volkskongresse werden bis einschließlich der Kreisebene direkt von der wahlberechtigten Bevölkerung gewählt. Die Volkskongresse der drei übergeordneten Ebenen (Bezirk, Provinz, Zentrale) werden indirekt, d.h. durch die Volkskongresse der jeweils untergeordneten Ebene gewählt. Aufgrund des politischen Machtmonopols der Kommunistischen Partei Chinas ist die Freiheit der Wahlen jedoch stark eingeschränkt. Die Mehrheit der Abgeordneten der Volkskongresse machen auf jeder Verwaltungsebene die Mitglieder der KP Chinas aus.

*
*
*

2. GRUNDZÜGE DER CHINESISCHEN AUSSENPOLITIK

Oskar Weggel

*
*

2.1. Entfaltung

Die chinesische Außenpolitik hatte nie ein Patentrezept; sie hat sich eher reaktiv als aktiv entfaltet und zeigte extreme Ausschläge (Anlehnung an die Sowjetunion - Feindschaft mit der Sowjetunion - Allianz mit der Dritten Welt - Rückzug in die Klausur - Zusammenarbeit mit den USA und mit der "modernen" westlichen Welt).

2.2. Bestimmungsfaktoren

2000 Jahre lang kannte China kein Außen-, sondern nur ein Ritenministerium, das den Umgang mit demütigen Nachbarvölkern regelte. Erst im 19. Jahrhundert wurde es gegen seinen Willen ins unruhige Wasser der Außenpolitik hineingestoßen.

Seit Beginn des Modernisierungskurses (1978 ff.) zeigen sich Tendenzen zur "Renormalisierung", also zur Rückkehr gewisser traditioneller Elemente, die nur latent in Erscheinung treten, z.B.

- Außenpolitik als Hierarchisie-

